

Einführungsverordnung zur eidgenössischen Störfallverordnung (EV StfV)

vom 22.09.1993 (Stand 01.07.2015)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,

gestützt auf Artikel 36, 42 und 48 des Bundesgesetzes vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz¹⁾ (USG) und Artikel 23 der Verordnung des Bundesrates vom 27. Februar 1991 über den Schutz vor Störfällen²⁾ (Störfallverordnung, StfV),

auf Antrag der Gesundheits- und Fürsorgedirektion,

beschliesst:

1 Organisation und Zuständigkeiten

Art. 1 *Kantonales Laboratorium*

1 Allgemeine Aufgaben

¹ Das Kantonale Laboratorium

- a* ist Fachstelle für den Schutz vor Störfällen (Artikel 42 USG);
- b* koordiniert den kantonalen Vollzug der Störfallverordnung;
- c* erstellt und führt den Risikokataster;
- d* * informiert das Bundesamt für Umwelt (Artikel 16 StfV);
- e* organisiert die Ausbildung der Chemiewehrfachberater.

² ... *

Art. 2 *2 Verkehrswege und Betriebe mit Stoffen, Erzeugnissen oder Sonderabfällen* *

¹ Das Kantonale Laboratorium ist zuständig für den Vollzug *

- a* * der Störfallverordnung auf Verkehrswegen,
- b* * der Störfallverordnung bei Betrieben mit Stoffen, Erzeugnissen oder Sonderabfällen,
- c* * von Artikel 10 Absatz 2 StfV.

¹⁾ SR 814.01

²⁾ SR 814.012

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

² Es

- a* * beurteilt die Kurzberichte und Risikoermittlungen für Verkehrswege und Betriebe mit Stoffen, Erzeugnissen oder Sonderabfällen unter Berücksichtigung der Amtsberichte der zuständigen Behörden und entscheidet, ob das Risiko tragbar ist oder nicht;
- b* erstellt den Kontrollbericht (Artikel 7 Absatz 1 StfV), stellt den betroffenen Gemeinden eine Kopie zu und informiert auf Anfrage über die Kontrollergebnisse (Artikel 9 StfV);
- c* erlässt Verfügungen über zusätzliche Sicherheitsmassnahmen (Artikel 8 StfV);
- d* koordiniert den Erlass von Verfügungen, falls mehrere Behörden zuständig sind;
- e* legt die Auflagen im Rahmen der Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren gemäss Artikel 13 Absatz 2 fest;
- f* nimmt die Berichte über Störfälle auf Verkehrswegen entgegen, wertet sie aus und informiert die betroffenen Behörden.

³ Zur Beratung von fachübergreifenden Problemen kann das Kantonale Laboratorium den Fachausschuss mobile Risiken (FMR) einberufen, in welchem vertreten sind

- a* das Tiefbauamt,
- b* * das Amt für Wasser und Abfall,
- c* * die Feuerwehren des Kantons Bern,
- d* * das Amt für Umweltkoordination und Energie,
- e* die Kantonspolizei,
- f* andere Behörden und Experten nach Bedarf.

⁴ Zur Beratung von fachübergreifenden Problemen bei Betrieben mit Stoffen, Erzeugnissen oder Sonderabfällen kann es den Fachausschuss einzelbetriebliche Störfallvorsorge (ESV) einberufen, in dem vertreten sind *

- a* * das Amt für Wasser und Abfall,
- b* * die Gebäudeversicherung Bern,
- c* * das Amt für Umweltkoordination und Energie,
- d* * andere Behörden und Experten nach Bedarf.

⁵ Das Kantonale Laboratorium kann nach Anhören der zuständigen Behörden weitere Verkehrswege ausserhalb von Betrieben sowie weitere Betriebe mit gefährlichen Stoffen, Erzeugnissen oder Sonderabfällen der Störfallverordnung unterstellen (Artikel 1 Absatz 3 StfV). *

⁶ Vorbehalten ist die Zuständigkeit des Strassenverkehrs- und Schiffsamtes zum Vollzug der in seinem Fachbereich angeordneten Massnahmen (namentlich Verkehrsbeschränkungsmassnahmen, Sonderbewilligungen für Spezialfahrzeuge und Prüfungen von Fahrzeugen und Schiffen).

Art. 3 3 Betriebe mit Mikroorganismen *

¹ Das Kantonale Laboratorium ist zuständig für den Vollzug der Störfallverordnung bei Betrieben nach Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b und Absatz 3 Buchstabe b StFV. *

² Das Kantonale Laboratorium *

- a beurteilt die Kurzberichte und Risikoermittlungen für Betriebe unter Berücksichtigung der Amtsberichte der zuständigen Behörden und entscheidet, ob das Risiko tragbar ist oder nicht;
- b erstellt den Kontrollbericht (Artikel 7 Absatz 1 StFV), stellt den betroffenen Gemeinden eine Kopie zu und informiert auf Anfrage über die Kontrollergebnisse (Artikel 9 StFV);
- c erlässt Verfügungen über zusätzliche Sicherheitsmassnahmen (Artikel 8 StFV);
- d koordiniert den Erlass von Verfügungen, falls mehrere Behörden zuständig sind;
- e legt die Auflagen im Rahmen der Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren gemäss Artikel 13 Absatz 2 fest;
- f koordiniert die Betriebskontrollen;
- g * verfügt die Risikoermittlungen;
- h nimmt die Berichte über Störfälle bei Betrieben mit Mikroorganismen entgegen, wertet sie aus und informiert die betroffenen Behörden.

³ Zur Beratung von fächerübergreifenden Fragestellungen kann das Kantonale Laboratorium den Fachausschuss biologische Risiken (FBR) einberufen, in welchem vertreten sind *

- a * das Kantonsarztamt bei Betrieben, in denen überwiegend humanpathogene Mikroorganismen verwendet werden,
- b * das Amt für Landwirtschaft und Natur (Veterinärdienst) bei Betrieben, in denen überwiegend tierpathogene Mikroorganismen verwendet werden,
- c * das Amt für Wasser und Abfall,
- d die Gebäudeversicherung des Kantons Bern,
- e * das Amt für Umweltkoordination und Energie,
- f * das Amt für Berner Wirtschaft
- g andere Behörden und Experten nach Bedarf.

Art. 4 * ... ***Art. 5** *Gebäudeversicherung des Kantons Bern*

¹ Die Gebäudeversicherung ist zuständig für alle Fragen des vorbeugenden Brandschutzes beim Vollzug der Störfallverordnung.

² Sie sorgt für eine auf die Gefahrenpotentiale und Risiken sowie auf die Einsatzplanung der Inhaber ausgerichtete Instruktion der Feuerwehren (Artikel 14 StFV). *

³ Sie kann für die fachtechnische Ausbildung sowie für die Einsatzplanung der Feuerwehren das Kantonale Laboratorium beiziehen. *

Art. 6 *Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär **

¹ Das Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär ist besorgt für die Berücksichtigung der Gefahrenpotentiale und Risiken in den Katastrophenplänen des Kantons und der Verwaltungskreise. *

² Es ist zudem zuständig für den Antrag an den Regierungsrat, einen Störfall als Katastrophenfall im Sinne von Artikel 9 des Gesetzes vom 11. September 1985 über die Katastrophenhilfe und Gesamtverteidigung im Kanton Bern³⁾ zu erklären.

Art. 7 *Kantonspolizei*

¹ Die Kantonspolizei übernimmt die Aufgaben gemäss Artikel 12 StFV; insbesondere betreibt sie die Meldestelle für Störfälle.

² Sie ist zuständig für Kontrollen von Gefahrguttransporten auf Verkehrswegen, sofern nicht der Bund zuständig ist.

³ Sie kann zur Durchführung von Kontrollen auf den Strassen das Kantonale Laboratorium beiziehen.

Art. 8 *Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär **

¹ Das Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär sorgt für die Bereitstellung der Mittel des Zivilschutzes im Hinblick auf deren Einsatz bei Störfällen. *

² Es berät und unterstützt die Gemeinden bei allen Vorbereitungen und im Ereignisfall, sofern nicht die Gebäudeversicherung zuständig ist.

³⁾ Aufgehoben, jetzt Kantonales Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetz vom 24. 6. 2004, BSG 521.1

Art. 9 Amt für Wasser und Abfall *

¹ Das Amt für Wasser und Abfall *

- a ist zuständig für alle Fragen betreffend Schutz der unter- und oberirdischen Gewässer und der Abwasseranlagen sowie den Verkehr mit Sonderabfällen;
- b nimmt Stellung zu Kurzberichten und Risikoermittlungen hinsichtlich Gewässerschutz;
- c erstellt Amtsberichte zu Verfügungen der Vollzugsbehörde, soweit diese den Gewässerschutz betreffen;
- d erstellt für die Vollzugsbehörden Amtsberichte im Rahmen der Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren gemäss Artikel 13 Absatz 2, sofern es nicht selbst Bewilligungsbehörde ist.

² Es vollzieht die zum Schutz der Gewässer angeordneten Massnahmen.

³ Artikel 2 Absatz 5 bleibt vorbehalten.

Art. 10 Tiefbauamt

¹ Das Tiefbauamt erstellt die Kurzberichte und Risikoermittlungen für die Durchgangsstrassen; es kann bei Bedarf das Kantonale Laboratorium beziehen.

² Vorbehalten bleibt die Zuständigkeit der Gemeinden.

Art. 11 Amt für Umweltkoordination und Energie *

¹ Das Amt für Umweltkoordination und Energie koordiniert den Vollzug der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung mit demjenigen der Störfallverordnung. *

Art. 12 Beizug von Experten

¹ Die zuständigen Behörden können im Rahmen ihres Aufgabenbereiches verwaltungsexternen Experten Aufträge zur Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen und Anträgen erteilen.

Art. 13 Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren

¹ Die zuständigen Behörden haben dafür zu sorgen, dass die Vorschriften der Störfallverordnung in den Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren berücksichtigt werden.

² Die Auflagen zur Störfallvorsorge müssen insbesondere in folgenden Verfahren festgelegt werden:

- a* im Plan- oder Anlagegenehmigungsverfahren gemäss Artikel 15 und 16 des Gesetzes vom 4. November 1992 über die Arbeit, Betriebe und Anlagen⁴⁾ (ABAG) für Industrie- und Gewerbebetriebe,
- b* im Bau- und Betriebsbewilligungsverfahren, wenn weder eine Plan- noch eine Anlagegenehmigung nach ABAG notwendig ist,
- c* im Baubewilligungsverfahren für Verkehrswege,
- d* im Gewässerschutzbewilligungsverfahren,
- e* im Bewilligungsverfahren gemäss Artikel 17 der Verordnung vom 12. November 1986 über den Verkehr mit Sonderabfällen⁵⁾,
- f* in den Bewilligungsverfahren gemäss Bundesgesetz vom 21. März 1969 über den Verkehr mit Giften⁶⁾ und Verordnung vom 9. Juni 1986 über umweltgefährdende Stoffe⁷⁾.

Art. 14 *Erhebung von Betriebsdaten*

¹ Systematische Datenerhebungen durch Behörden von Kanton und Gemeinden sind vorgängig dem Kantonalen Laboratorium zu melden, wenn die Daten für den Vollzug der Störfallverordnung von Bedeutung sein könnten.

2 Massnahmen und Gebühren

Art. 15 *Massnahmen*

¹ Werden bei Kontrollen rechtswidrige Zustände festgestellt, verfügen die zuständigen Behörden die nötigen Massnahmen, unter Ansetzung angemessener Fristen.

² Führt die Verursacherin oder der Verursacher die angeordneten Massnahmen nicht fristgerecht durch, sind sie auf Kosten der Verursacherin oder des Verursachers von Amtes wegen vorzunehmen.

Art. 16 *Gebühren*

¹ Die zuständigen Behörden erheben für die Beurteilung von Risikoermittlungen und Kurzberichten, die Erstellung von Einsatzplänen sowie für Betriebskontrollen und Laboruntersuchungen Gebühren.

² ... *

⁴⁾ BSG 832.01

⁵⁾ SR 814.014

⁶⁾ SR 814.80

⁷⁾ SR 814.013

3 Rechtspflege

Art. 17

¹ Verfügungen der zuständigen Behörden können bei der übergeordneten Direktion nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungspflege⁸⁾ angefochten werden.

4 Inkrafttreten

Art. 18

¹ Diese Verordnung tritt am ersten Tag des auf die Veröffentlichung folgenden Monats in Kraft.⁹⁾

Bern, 22. September 1993

Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident: Fehr
Der Staatsschreiber: Nuspliger

Artikel 1 bis 5, 7, und 10 vom Eidgenössischen Departement des Innern genehmigt am 30. November 1993.

⁸⁾ BSG 155.21

⁹⁾ 1. 1. 1994

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
22.09.1993	01.01.1994	Erlass	Erstfassung	1993 d 575 f 601
22.02.1995	01.05.1995	Art. 16 Abs. 2	aufgehoben	95-24
29.10.1997	01.01.1998	Art. 6	Titel geändert	97-95
29.10.1997	01.01.1998	Art. 6 Abs. 1	geändert	97-95
29.10.1997	01.01.1998	Art. 8	Titel geändert	97-95
29.10.1997	01.01.1998	Art. 8 Abs. 1	geändert	97-95
20.12.2000	01.01.2001	Art. 6	Titel geändert	01-9
20.12.2000	01.01.2001	Art. 6 Abs. 1	geändert	01-9
20.12.2000	01.01.2001	Art. 8	Titel geändert	01-9
20.12.2000	01.01.2001	Art. 8 Abs. 1	geändert	01-9
28.11.2001	01.02.2002	Art. 1 Abs. 2	geändert	02-01
28.11.2001	01.02.2002	Art. 3	Titel geändert	02-01
28.11.2001	01.02.2002	Art. 3 Abs. 1	geändert	02-01
28.11.2001	01.02.2002	Art. 3 Abs. 2	geändert	02-01
28.11.2001	01.02.2002	Art. 3 Abs. 2, g	geändert	02-01
28.11.2001	01.02.2002	Art. 3 Abs. 3	geändert	02-01
28.11.2001	01.02.2002	Art. 3 Abs. 3, a	geändert	02-01
28.11.2001	01.02.2002	Art. 3 Abs. 3, b	eingefügt	02-01
18.09.2002	01.01.2003	Art. 2 Abs. 3, c	geändert	02-64
18.09.2002	01.01.2003	Art. 5 Abs. 2	geändert	02-64
18.09.2002	01.01.2003	Art. 5 Abs. 3	geändert	02-64
26.02.2003	01.05.2003	Art. 3 Abs. 3, f	eingefügt	03-31
26.02.2003	01.05.2003	Art. 4	Titel geändert	03-31
26.02.2003	01.05.2003	Art. 4 Abs. 1	geändert	03-31
26.02.2003	01.05.2003	Art. 4 Abs. 2	geändert	03-31
26.02.2003	01.05.2003	Art. 4 Abs. 3	geändert	03-31
26.02.2003	01.05.2003	Art. 4 Abs. 4	geändert	03-31
17.09.2003	01.01.2004	Art. 6	Titel geändert	03-88
17.09.2003	01.01.2004	Art. 6 Abs. 1	geändert	03-88
17.09.2003	01.01.2004	Art. 8	Titel geändert	03-88
17.09.2003	01.01.2004	Art. 8 Abs. 1	geändert	03-88
22.10.2003	01.01.2004	Art. 3 Abs. 3, b	geändert	03-97
26.10.2005	01.01.2006	Art. 2 Abs. 3, d	geändert	05-129
26.10.2005	01.01.2006	Art. 3 Abs. 3, e	geändert	05-129
26.10.2005	01.01.2006	Art. 4 Abs. 3, d	geändert	05-129
26.10.2005	01.01.2006	Art. 11	Titel geändert	05-129
26.10.2005	01.01.2006	Art. 11 Abs. 1	geändert	05-129
29.10.2008	01.01.2009	Art. 2 Abs. 3, b	geändert	08-125
29.10.2008	01.01.2009	Art. 3 Abs. 3, c	eingefügt	08-125
29.10.2008	01.01.2009	Art. 4 Abs. 3, b	geändert	08-125
29.10.2008	01.01.2009	Art. 9	Titel geändert	08-125
29.10.2008	01.01.2009	Art. 9 Abs. 1	geändert	08-125

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
14.10.2009	01.01.2010	Art. 6 Abs. 1	geändert	09-119
24.06.2015	01.07.2015	Art. 1 Abs. 1, d	geändert	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 1 Abs. 2	aufgehoben	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2	Titel geändert	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2 Abs. 1	geändert	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2 Abs. 1, a	eingefügt	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2 Abs. 1, b	eingefügt	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2 Abs. 1, c	eingefügt	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2 Abs. 2, a	geändert	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2 Abs. 4	geändert	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2 Abs. 4, a	eingefügt	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2 Abs. 4, b	eingefügt	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2 Abs. 4, c	eingefügt	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2 Abs. 4, d	eingefügt	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 2 Abs. 5	eingefügt	15-50
24.06.2015	01.07.2015	Art. 4	aufgehoben	15-50

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erlass	22.09.1993	01.01.1994	Erstfassung	1993 d 575 f 601
Art. 1 Abs. 1, d	24.06.2015	01.07.2015	geändert	15-50
Art. 1 Abs. 2	28.11.2001	01.02.2002	geändert	02-01
Art. 1 Abs. 2	24.06.2015	01.07.2015	aufgehoben	15-50
Art. 2	24.06.2015	01.07.2015	Titel geändert	15-50
Art. 2 Abs. 1	24.06.2015	01.07.2015	geändert	15-50
Art. 2 Abs. 1, a	24.06.2015	01.07.2015	eingefügt	15-50
Art. 2 Abs. 1, b	24.06.2015	01.07.2015	eingefügt	15-50
Art. 2 Abs. 1, c	24.06.2015	01.07.2015	eingefügt	15-50
Art. 2 Abs. 2, a	24.06.2015	01.07.2015	geändert	15-50
Art. 2 Abs. 3, b	29.10.2008	01.01.2009	geändert	08-125
Art. 2 Abs. 3, c	18.09.2002	01.01.2003	geändert	02-64
Art. 2 Abs. 3, d	26.10.2005	01.01.2006	geändert	05-129
Art. 2 Abs. 4	24.06.2015	01.07.2015	geändert	15-50
Art. 2 Abs. 4, a	24.06.2015	01.07.2015	eingefügt	15-50
Art. 2 Abs. 4, b	24.06.2015	01.07.2015	eingefügt	15-50
Art. 2 Abs. 4, c	24.06.2015	01.07.2015	eingefügt	15-50
Art. 2 Abs. 4, d	24.06.2015	01.07.2015	eingefügt	15-50
Art. 2 Abs. 5	24.06.2015	01.07.2015	eingefügt	15-50
Art. 3	28.11.2001	01.02.2002	Titel geändert	02-01
Art. 3 Abs. 1	28.11.2001	01.02.2002	geändert	02-01
Art. 3 Abs. 2	28.11.2001	01.02.2002	geändert	02-01
Art. 3 Abs. 2, g	28.11.2001	01.02.2002	geändert	02-01
Art. 3 Abs. 3	28.11.2001	01.02.2002	geändert	02-01
Art. 3 Abs. 3, a	28.11.2001	01.02.2002	geändert	02-01
Art. 3 Abs. 3, b	28.11.2001	01.02.2002	eingefügt	02-01
Art. 3 Abs. 3, b	22.10.2003	01.01.2004	geändert	03-97
Art. 3 Abs. 3, c	29.10.2008	01.01.2009	eingefügt	08-125
Art. 3 Abs. 3, e	26.10.2005	01.01.2006	geändert	05-129
Art. 3 Abs. 3, f	26.02.2003	01.05.2003	eingefügt	03-31
Art. 4	26.02.2003	01.05.2003	Titel geändert	03-31
Art. 4	24.06.2015	01.07.2015	aufgehoben	15-50
Art. 4 Abs. 1	26.02.2003	01.05.2003	geändert	03-31
Art. 4 Abs. 2	26.02.2003	01.05.2003	geändert	03-31
Art. 4 Abs. 3	26.02.2003	01.05.2003	geändert	03-31
Art. 4 Abs. 3, b	29.10.2008	01.01.2009	geändert	08-125
Art. 4 Abs. 3, d	26.10.2005	01.01.2006	geändert	05-129
Art. 4 Abs. 4	26.02.2003	01.05.2003	geändert	03-31
Art. 5 Abs. 2	18.09.2002	01.01.2003	geändert	02-64
Art. 5 Abs. 3	18.09.2002	01.01.2003	geändert	02-64
Art. 6	29.10.1997	01.01.1998	Titel geändert	97-95
Art. 6	20.12.2000	01.01.2001	Titel geändert	01-9

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Art. 6	17.09.2003	01.01.2004	Titel geändert	03-88
Art. 6 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-95
Art. 6 Abs. 1	20.12.2000	01.01.2001	geändert	01-9
Art. 6 Abs. 1	17.09.2003	01.01.2004	geändert	03-88
Art. 6 Abs. 1	14.10.2009	01.01.2010	geändert	09-119
Art. 8	29.10.1997	01.01.1998	Titel geändert	97-95
Art. 8	20.12.2000	01.01.2001	Titel geändert	01-9
Art. 8	17.09.2003	01.01.2004	Titel geändert	03-88
Art. 8 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-95
Art. 8 Abs. 1	20.12.2000	01.01.2001	geändert	01-9
Art. 8 Abs. 1	17.09.2003	01.01.2004	geändert	03-88
Art. 9	29.10.2008	01.01.2009	Titel geändert	08-125
Art. 9 Abs. 1	29.10.2008	01.01.2009	geändert	08-125
Art. 11	26.10.2005	01.01.2006	Titel geändert	05-129
Art. 11 Abs. 1	26.10.2005	01.01.2006	geändert	05-129
Art. 16 Abs. 2	22.02.1995	01.05.1995	aufgehoben	95-24